



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale Delegierte fassen die Parolen für die März-Abstimmungen
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Nationalrat und Parteipräsident, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	28. Januar 2012

Delegiertenversammlung in Wil (SG)

Die Grünliberalen halten in Wil ihre erste Delegiertenversammlung in der neuen Legislatur. Die Delegierten fassen die Parolen für die März-Abstimmungen. Mit deutlichen Mehrheiten lehnt das oberste Gremium der Grünliberalen Zweitwohnungs-Initiative, Bauspar-Initiative, Ferien-Initiative und die Buchpreisbindung ab. Den Beschluss für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls befürworten die über Hundert Delegierten.

Nach einer offiziellen Grussbotschaft des Wiler Parlamentspräsidenten Erwin Schweizer (CVP) heisst der Parteipräsident Martin Bäumle die Delegierten zur ersten DV nach den Wahlen im vergangenen Herbst willkommen. Er blickt zurück auf das sensationelle Ergebnis, aber auch auf die Zeit zwischen Wahlen und Wintersession, in der es galt, die neu entstandene Fraktion rasch und effizient aufzubauen. Er beurteilt den Auftritt der Fraktion während der Wintersession als erfreulich geschlossen und ist zuversichtlich, dass das verstärkte Team in Bern zu einer noch besseren und wahrnehmbaren Positionierung der Partei beitragen wird. Desweiteren skizziert Bäumle grob, dass nebst der täglichen politischen Arbeit nun die Verbreiterung der Parteispitze, das Aufgleisen der inhaltlichen Vertiefung sowie die Stärkung von nationalem Sekretariat im Fokus der nationalen Partei stehen werden.

Die Delegierten der glp Schweiz fassten im Gewölbekeller des Hofes von Wil folgende Parolen:

- **«Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»**
Die Delegierten fassen mit 71 gegen 21 Stimmen und 5 Enthaltungen die NEIN-Parole-
Die Forderungen der Initiative nimmt aus Sicht einer Mehrheit der Grünliberalen zu wenig Rücksicht auf die regional unterschiedlichen Verhältnisse in der Schweiz und sind deshalb das falsche Mittel, um die Auswüchse des Zweitwohnungsbau zu bekämpfen. Die Initianten nehmen in Kauf, dass potente Investoren einfach auf bisher unberührtere Gebiete ausweichen und die Zersiedelung noch stärker gefördert wird. „Das Parlament hat mit der Revision des Raumplanungsgesetzes erst im Sommer 2011 ein liberaleres und vorallem regionalisierbares Instrument zur Lösung der Zweitwohnungsproblematik auf die Beine gestellt, welches die Initiative unnötig macht und den funktionalen Räumen Beachtung schenkt“, fügt der Nationalrat Beat Flach erklärend an.
- **«Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)».**
Die Delegierten fassen mit 96 gegen 8 Stimmen und 2 Enthaltung die NEIN-Parole.
Die Initianten dieser Volksinitiative wollen, dass die Kantone Bausparrücklagen von der Einkommens- und Vermögenssteuer befreien können. Aus Sicht der Grünliberalen benötigt es keine weitere Förderung der Wohneigentumsquote, da diese auch ohne Bausparen landesweit in den vergangenen Jahres angestiegen ist (1990: 31%, 2011: 41%). Zudem enthält die Initiative keine messbaren ökologischen Richtwerte, die die Umwelt in der Tat schützen würde. Die Initianten erhoffen sich, den sogenannten „Schwellenhaushalte“ dazu verhelfen könnte, eigenen Wohnraum zu erwerben. „Das ist eine Illusion. Diese Volksinitiative bringt insbesondere dem Mittelstand nichts, weil sie jene bevorzugt, die bereits über eigenen Wohnraum verfügen“, meint der Urner Ständerat Markus Stadler bestimmt.

- **«6 Wochen Ferien für alle»**
 Die Delegierten fassen mit 100 Stimmen gegen 2 und 4 Enthaltungen die NEIN-Parole.
 Obwohl gerne jedermann gerne mehr Ferien hätte bzw. geben möchte, will die Mehrheit im Saal die Schweizer Unternehmer nicht noch zusätzlich mit Kosten belasten. Insbesondere KMUs sind heute enormen Herausforderungen auf dem Markt ausgesetzt, eine Erhöhung der in der Schweiz eh schon hohen Personalkosten schadet der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. „Fast kein Unternehmer wird wegen dieser Initiative neues Personal einstellen. Der Arbeitnehmende ist zwar länger im Urlaub. Wenn er zurückkommt, hat er aber die gleiche Arbeit aufgeteilt auf weniger Wochen zu erledigen. Der Druck und die Hektik steigen. Die Initiative wird kontraproduktive Auswirkungen haben“, ist Jürg Grossen, Nationalrat und Unternehmer überzeugt.

- **▪ «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»**
 Die Delegierten fassen mit 98 Stimmen, ohne Gegenstimmen und 8 Enthaltungen die JA-Parole.
 Dieser neue Verfassungsartikel, der als Gegenentwurf zu der mittlerweile zurückgezogenen und gleichnamigen Volksinitiative zu verstehen ist, garantiert, dass der Reingewinn aus Lotterien und Wetten von den Kantonen weiterhin für gemeinnützige Zwecke in den Bereichen Soziales, Kultur, Umwelt und Sport verwendet wird. Er garantiert auch, dass die Abgaben der Casinos wie bisher in die AHV fließen. „Gewinne der Lotteriegesellschaften kommen direkt der Schweizer Bevölkerung zugute. Jahr für Jahr werden damit rund 16'000 gemeinnützige Projekte im Wert von insgesamt CHF 540. Mio. unterstützt. Das ist gut so und soll so bleiben“, meint der Parteipräsident Martin Bäumle.

- **Bundesgesetz vom 18. März 2011 über die Buchpreisbindung**
 Die Delegierten fassen mit 92 Stimmen gegen 12 Stimmen und 2 Enthaltungen die NEIN-Parole.
 1999 wurde die Buchpreisbindung als unzulässige Preisabsprache verboten. Nun soll nach dem Willen des Parlaments diese wieder eingeführt werden. Die Befürworter im Saal versprechen sich dadurch garantierte Gewinne zur Subventionierung des Kulturgutes „Buch“. Sie betonen deutlich, dass das Buch nicht nur ein Wirtschafts-, sondern auch ein Kulturgut sei, dessen Schutz nur durch die Buchpreisbindung garantiert sei. Dennoch findet die Mehrheit der Delegierten, dass eine Buchpreisbindung unnötig sei. Markteingriffe bedingen ein Marktversagen, ein solches liegt nicht vor. Verlierer/-Innen von diktierten Preisen sind in erster Linie Konsument/-innen, die überhöhte Preise bezahlen müssen. Die satten Gewinne wandern zu den Grossverlagen ab. Verlieren werden auch innovative Buchhändler, die sich an die starren Preise zu halten und damit keine Chance für eine differenzierte Positionierung ihres Angebotes hätten. Ausserdem stellen sich einige Redner die Frage in den Raum, ob in der heutigen digitalen Welt der online Eigenhandel realistischerweise überhaupt einem Buchpreisbindung zu unterziehbar sei. Wir stellen uns nicht gegen die Förderung des Kulturgutes „Buch“, nur werden heute über 80% der Bücher aus dem Ausland importiert und das Gesetz würde deshalb primär ausländischen Verlagen und nicht dem Kulturgut Buch zugutekommen“, streicht der Referent der Nein-Parole und Berner Stadtrat Michael Köppli hervor.